*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MULARTSHÜTTE*

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**Nr. 31
Februar 1994**

Aus dem Inhalt:

Herr Knollmann läßt grüßen ...

Jagsgeschichten

Müll Termine

Luftkurort ROETGEN ...

Asylbewerberleistungsgesetz

Spielplatzgeschichten

Beschwerden und kein Ende.

Wenn es nicht so weitreichende Folgen hätte, könnte man schon fast darüber lachen. Was die Roetgener Verwaltung dem Rat und den Bürgern zumutet, überschreitet oft die Grenze des erträglichen. Abgesehen von Pannen, Irrtümern und Versäumnissen führt sie z.B. manche Ratsbeschlüsse einfach nicht aus oder entscheidet eigenmächtig und setzt den Rat vor vollendete Tatsachen. Einige Ratsbeschlüsse beruhen auf (bewußten ?) Falschinformationen durch den Gemeindedirektor.

Unserer Fraktion bleibt oft nichts anderes übrig, als die Kommunalaufsicht einzuschalten. Das ist eine Kontrollbehörde des Kreises, die extra für solche Fälle vom Gesetzgeber eingerichtet wurde. Doch leider waren alle unsere Einsprüche bisher nicht vom Erfolg gekrönt. Die Kommunalaufsicht des Kreises Aachen verdient eher den Namen "Kommunalnachsicht", denn nachsichtig ist man allem, was unserem Gemeindedirektor angeht.

Da legt die Gemeinde ohne Ratsbeschluß und auch ohne Genehmigung durch die Landschaftsschutzbehörde mitten im Landschaftsschutzgebiet einen Parkplatz an.

Auf unsere Anfrage hin wird zugesagt, daß die Anschüttung beseitigt wird. Das war im Frühjahr 1993. Passiert ist seitdem nichts. Auf unsere Dienstaufsichtsbeschwerde vom 25.4.93 ernteten wir nur Funkstille. Herrn Knollmann sei Dank! (Sachbearbeiter bei der Kommunalaufsicht.)

Im Bauausschuß der Gemeinde werden oft wichtige Entscheidungen über Bauanträge oder ähnliches getroffen. Es ist kaum zu glauben, aufgrund welcher Pläne und Vorlagen die Ausschußmitglieder solche Entscheidungen treffen müssen!

Oft genug gibt es uralte Pläne, die längst nicht mehr den Gegebenheiten entsprechen, oder Kopien, auf denen kaum etwas zu erkennen ist und dazu nur unzureichende oder gar keine Erklärungen. Zum Teil kommen die Unterlagen erst einen Tag vor der Sitzung oder gar am Sitzungstag. Das macht Ortsbesichtigungen und Vorberatungen in der Fraktion oft unmöglich. Wenn so mancher Bauwillige wüßte, wie "sachlich fundiert" einzelne Entscheidungen zustande kommen, würde ihn das Grausen packen. Alle unsere Beschwerden haben keinerlei Auswirkung gezeigt, und so haben wir auch deswegen Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt, denn es scheint absehbar, daß wir demnächst nur noch leere Blätter zur Abstimmung vorgelegt bekommen.

Weitere Dienstaufsichtsbeschwerden betrafen die Konzessionsverträge und das zumindest verwunderliche Verhalten des Gemeindedirektors bei der Vergabe einer Jagtpacht. Und was ist aus all den Dienstaufsichtsbeschwerden herausgekommen?

Nichts!

Originalzitat der Kommunalaufsicht: "Abschließend verbleibe ich bei meiner Auffassung, daß keine Gründe vorliegen, die ein Tätigwerden meinerseits erfordern."

Diese Einstellung zieht sich wie ein roter Faden durch die Bearbeitung bzw. Nichtbearbeitung unserer Eingaben. Natürlich geben wir uns so schnell nicht geschlagen und gehen den Weg durch die Instanzen. Mittlerweile warten wir auf Antworten vom Regierungspräsidenten aus Köln.

Das war ein kleiner Auszug aus unserem Kampf gegen die Windmühlenflügel der Roetgener Verwaltung und des Kreises Aachen.

Noch ein Zitat:

"Auskunft erteilt Herr Knollmann
Zimmer 6, Durchwahl 0241/51 98 347
- Kommunalaufsicht -"

Gerd Pagnia

Noch ein Zitat aus einem Schreiben der Kommunalaufsicht vom 29.12.1993 auf eine Beanstandung von unleserlichen Unterlagen (- die die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Vorbereitung der Ausschußsitzungen in den Fraktionen sind) :

"... würde es genügen, dem Ausschuß einige Sachverhalte mündlich vorzutragen".

Das heißt doch wohl im Klartext - Abschaffung der Beschlußvorlagen und Abschaffung der Fraktionssitzungen...oder?

Volker Commichau

Waidmann's Lust - Bürger's Frust

Die Gemeinde ROETGEN besitzt - das weiß jeder Bürger - rundum allerhand Wald. Denselben zu pflegen und zu bewirtschaften, beschäftigt sie einen Forstbeamten und 4 Waldarbeiter (im Bedarfsfall auch noch Hilfskräfte). Unterm Strich soll für die Gemeindekasse jährlich möglichst Gewinn aus dem Waldbesitz gezogen werden: durch Holzverkäufe, Pachteinahmen und nicht zuletzt - indirekt - durch Attraktion des Fremdenverkehrs. In schlechten Zeiten hofft man, den Wald wenigstens ohne Draufzahlen bewirtschaften zu können. Das scheint aber so einfach nicht zu sein:

Da gibt es Wirbelstürme mit Namen "Wiebke", die unsere schönen Fichten knicken. Die Borkenkäfer und ihre Larven nageln am Gemeindebesitz. Und - aber da blickt keiner so recht durch: viel Negatives spielt sich "nicht öffentlich" in Rat und Fachausschuß und noch mehr verwaltungsintern ab. Der Gemeindegewald wird zum Dorfpolitikum!

Naturdenkmäler gefällt,
Kastanienbäume auf Urlaub

In der Presse wird das Fällen von Baumriesen ("Naturdenkmäler") betrau-

ert, über dessen Notwendigkeit die Meinungen geteilt sind.

Kastanienbäume werden aus dem Gemeindegewald - ja wohin? - verpflanzt und wieder, arg beschädigt, zurückversetzt. Warum? Von wem? Der Gemeindeförster erklärt sich für nicht zuständig. Der Gemeindegewald seinerseits erklärt ihn sehr wohl für verantwortlich, weiß selbst angeblich von gar nichts. Der Bauhof habe nichts, sagt der Verwaltungschef - hat aber doch, wie man hört - damit zu tun. Dementi hin und her. Peinlich. Als Rats- und Forstausschußmitglied gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß mit dem Wald, dem Förster und dem Gemeindegewald irgendwas nicht stimmt. Aber was? Auf klare Fragen gibt es nur vage Antworten. Zwischen den Zeilen ist vieles und nichts zu lesen.

Jagdverpachtung

Ein Jagdbezirk soll neu verpachtet werden. Der Gemeindegewald höchstselbst (normalerweise gehört das zu den Aufgaben des Forstbeamten) tragt mit den Interessenten durch den Busch. Ein Teilnehmer beschwert sich in einem Brief an alle Fraktionen, der Verwaltungschef habe sich abfällig sowohl über den Förster als auch den Gemeindegewald geäußert, was natürlich jagdpachtpreismindernd wirken kann. Wie man hört ist der Gemeindegewald hin und wieder Jagdgast des neuen Pächters. Honi soit qui mal y pense ...

Zwei weitere Jagdbezirke sollen neuverpachtet werden. Die Revierbeschreibung erscheint in einem Fall - wie soll man sagen? - verwunderlich: die voraussichtlichen Jahreswildabschußquoten werden sehr niedrig angesetzt.

Freiwillige Selbstkontrolle ...

Der Gemeindegewald erklärt, sie seien identisch mit denen des Vorjahres, gleichwohl aber viel niedriger als die Jahre vorher und die aller anderen Jagdbezirke. Die Untere Jagdbehörde weigert sich, die Vorjahreszahlen zu benennen, der Gemeindegewald weigert sich, dieselben schwarz auf weiß vorzuzeigen. Er habe sie an den derzeitigen Pächter weitergeleitet. Auf die Frage, wer denn die jährlichen tatsächlichen Wildabschüsse dieses Pächters kontrolliere, meint der Gemeindegewald, das erledige der Pächter selber (?!). Jedenfalls sei die Gemeinde nicht im Besitz der Abschlußquoten. Die Untere Jagdbehörde bescheinigt dagegen den GRÜNEN auf Anfrage, die Zahlen müsse natürlich der Gemeindegewald haben. Für den Laien: die Höhe der erlaubten Abschüsse bedingt nicht unwesentlich den Pachtpreis. Honi soit qui mal y pense ...

Der Fachausschuß/Gemeinderat beschließt, die Jagdbezirke nicht nur in den regionalen Tageszeitungen, sondern auch (für viel Geld!) in einer überregionalen Fachzeitschrift zu annoncieren. Die Annonce erscheint regional mit Termin für eine Waldbegehung. Leider, leider (honi soit qui mal y pense ...) ist dieser Termin aber längst verstrichen als die Annonce in der Fachzeitschrift gedruckt wird. Wer will, sagt der Gemeindegewald, kann sich aber noch melden, bis Mitte Januar sei es möglich mitzubieten. Er (!) werde auch nochmal eine Revierbegehung vornehmen, falls gewünscht. Aber das sei unwahrscheinlich. Und der Gemeindeförster? Der findet offenbar nicht mehr statt. Jedenfalls ward er in den Fachausschußsitzungen lange nicht mehr gesehen.

Eine (vom Landesforstgesetz vorgeschriebene) Neubestimmung der Forstbetriebsleitung steht schon seit einem Jahr aus und ist Dauerthema im nichtöffentlichen Teil der Fachausschußsitzungen. Für den Laien wird immer deutlicher: es gibt nurmehr einen Platzhirsch ...

Daran scheint sich aber niemand zu stören. Einzig die GRÜNEN gaben einmal zu bedenken, daß diese Art Forst-Abso lutismus vielleicht Schaden für die Gemeinde anrichten könne - (Einzelheiten dazu sind leider noch nicht öffentlich). Woraufhin der Anwalt des Gemeindegewalds mit Strafandrohung in Höhe von 500000.-DM (fünfhunderttausend!) winkte, falls die GRÜNEN sich nicht entschuldigten.

Mal ehrlich - würden Sie das tun??

Brigitte Commichau

MÜLL-TERMINE 1994

Im Sommer diesen Jahres hat der Ortsverband von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Roetgen 'Zuwachs' von einem nicht unbekanntem Mitglied erhalten. Die GRÜNE Kreistagsabgeordnete Agnes Majewsky hat sich mit ihrem Ehemann in unserer Gemeinde niedergelassen. Auf einer der ersten Ortsverbandsversammlungen berichtete die umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion von Ihren ersten Kontakten mit der Gemeindeverwaltung und kritisierte hier u. a., daß nicht automatisch an alle 'Neuroetgener' die Abfuhrtermine der Müllabfuhr gelangen. Die Gemeindeverwaltung informiert auch nicht automatisch zu Jahresbeginn durch Hauswurfsendung über diese Termine.

Der GRÜNE Ortsverband nimmt diese Anregung gerne auf und veröffentlicht daher im folgenden - für alle Haushalte - erneut die Abfuhrtermine für das kommende Jahr (ohne Gewähr):

HAUSMÜLL:

Die Mülltonnen werden im kommenden Jahr nur noch 14-tägig geleert, und zwar in den ungeraden Wochen.

- * Donnerstags in Mulartshütte und Rott.
- * Freitags in Roetgen.

Fällt ein Feiertag auf einen der Tage, wird die Abfuhr auf den folgenden Samstag verlegt.

'WERTSTOFFE' und SPERRMÜLL:

- * Roetgen, von Fringshaus aus gesehen linke Seite sowie gesamte Bundesstraße, gesamte Hauptstraße und Kuhberg sowie alle Straßen von Hauptstraße aus gesehen auf der linken Seite (Jennepeterstraße, Rosentalstraße, etc.):

Gelber Sack/Tonne: 10.03., 14.04., 14.05., 09.06., 14.07., 11.08., 15.09., 13.10., 10.11., 08.12.

Altpapier: 16.03., 20.04., 18.05., 15.06., 20.07., 17.08., 21.09., 19.10., 17.11., 14.12.

Sperrmüll: 10.03., 30.06., 22.09., 01.12.

- * Roetgen, von Fringshaus aus gesehen rechts der Bundesstraße sowie alle Straßen rechts der Hauptstraße:

Gelber Sack/Tonne: 11.03., 15.04., 13.05., 10.06., 15.07., 12.08., 16.09., 14.10., 11.11., 09.12.

Altpapier: 17.03., 21.04., 19.05., 16.06., 21.07., 18.08., 22.09., 20.10., 18.11., 15.12.

Sperrmüll: 11.03., 01.07., 23.09., 02.12.

- * Rott und Mulartshütte:

Gelber Sack/Tonne: 09.03., 13.04., 11.05., 08.06., 13.07., 10.08., 14.09., 12.10., 09.11., 07.12.

Altpapier: 18.03., 22.04., 20.05., 17.06., 22.07., 19.08., 23.09., 21.10., 19.11., 16.12.

Sperrmüll: 06.05., 12.08., 04.11.

Kühlgeräte werden im gesamten Gemeindegebiet am 26.04., 05.07. und 25.10. abgefahren

Roetgen ein Luftkurort?

Wenn ich aus dem Talkessel Aachens endlich wieder meinen heimischen Roetgener Garten erreiche, atme ich erst einmal erleichtert auf und genieße unsere frischen Eifelluft um den stinkenden Stadtmief so schnell wie möglich loszuwerden. Aber, ist diese Erleichterung wirklich gerechtfertigt?

Nicht erst seit der Diskussion um ein **Bad Roetgen** ist die Luft um uns ins Gedrehte gekommen. Schon 1988 gab der Kreis Aachen ein Luftkataster heraus. Aus diesem geht eindeutig hervor, daß die Roetgener Luft stärker belastet ist, als die gesamte übrige 'Eifelluft' des Kreises Aachen. Dies wird vor allem bei der Bleibelastung deutlich. In der sogenannten Flächenbelastung weisen die Bereiche Roetgen, Rott, Vennwegen und Fringshaus eine Belastung der 'Stufe 2' (dies sind immerhin gemessene Werte kleiner/gleich $100\mu\text{g}/\text{m}^2$ und Tag) auf, während die gesamte übrige Eifel in Stufe 1 (dies sind Werte kleiner/gleich $50\mu\text{g}/\text{m}^2$ und Tag) eingeordnet wurde.

In dem Gutachten des Kreises wurden allerdings nur die Parameter Blei, Cadmium, Zink, Kupfer, Nickel und Staub berücksichtigt. Auch wenn die Meßergebnisse dieser Parameter für Roetgen überwiegend höher sind, als im übrigen Eifelbereich, überschreiten sie dennoch die Grenzwerte der 'Technische Anleitung Luft' vom 27.2.1986 nicht. Läßt dies aber den Rückschluß zu, daß Roetgen zum Luftkurort aufsteigen kann?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind der Meinung, daß hierzu zunächst wesentlich umfangreichere und aktuellere Messungen notwendig sind. Insbesondere müssen Parameter, wie die Dioxinbe-

lastung im Sommer, aber auch organische Belastungen, wie z. B. die PAK's (Polycyclische Aromatische Kohlenwasserstoffe) u. a. Berücksichtigung in einem aktuellen Gutachten finden. Dieses Gutachten darf auf keinen Fall zu einem Gefälligkeitsgutachten im Auftrage eines privaten Investors verkommen.

Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Aachener Kreistag hat bereits am 16.9.1993 im Kreisumweltschutzausschuß versucht durchzusetzen, daß alle Umweltkataster des Kreises, dies sind

- * das bereits erwähnte Luftuntersuchungskataster von 1988,
- * ein Bodenuntersuchungskataster von 1987 und
- * ein Gewässerbericht von 1989,

fortgeschrieben und aktualisiert werden. Leider scheiterte dieser Vorstoß an den Kreistagsfraktionen der CDU und der SPD. Die SPD-Mehrheitsfraktion gibt in Ihrem Kreishaushalt 1994 die - natürlich auch auf Kreisebene immer knapper werdenden - Mittel lieber weiterhin für den Straßenbau, statt für Umweltmaßnahmen aus. Dabei sind die Städte und Gemeinden des Kreises auf aktuelle Belastungswerte ihrer Umwelt angewiesen, wenn sie Maßnahmen für den Schutz, Erhalt, oder Wiederherstellung einer lebenswerten und gesunden Umwelt für ihre Einwohner/innen ergreifen wollen.

Aggi Majewsky, Kreistagsabgeordnete

Wo blieben die Diäten der GRÜNEN :

- 1500.-DM Kabarettveranstaltung zugunsten eines Behindertenheimes in Neumark / Sachsen
- 350.-DM Telefongrundgebühr für den ALTERNATIVLADEN
- 700.- DM Jugendfreizeit Roetgen / Neumark , Sommer 1993
- 400.- DM Behindertenheim Neumark / Sachsen
- 50.- DM Musikvereinigung Rott
- 50.- DM Grenzlandtheater Aachen
- 500.-DM Gefangenenbetreuung JVA Aachen
Pater Timmermann
- 1500.-DM Informations-Blätter und Busfahrplan für die Bürger
- 80.-DM Lehrbücher, Tischtennisschläger etc. für das Übergangwohnheim Roetgen / Kuhberg

Impressum:
 Herausgegeben vom Ortsverband Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Roetgen Jennepeterstrasse 4a
 Verantwortlich: Volker Commichau
 Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung AutorInnen
 Redaktionsschluß 31.1.1994 Auflage 2500 Exemplare

Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber (1.Juli 1993)

"ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ"

Neue Regelsätze (15% niedriger als Sozialhilferegelsatz)
 Prinzipiell sollte die Hilfe in Form von Sachleistungen geboten werden,
 d.h. wenn möglich Gemeinschaftsküche, Lebensmittelpakete; gebrauchte
 Kleidung, Artikel zur Körperpflege, Haushaltsgegenstände, dazu Taschengeld
 : 40.-DM vom 1.-14. Lebensjahr, 80.-DM ab dem 15. Lebensjahr.

Leistungsanteile wie folgt:

	Haushalts- vorstand		Haushalts- angehörige	
		ab 15 Jahre	ab 8 Jahre	bis 7 Jahre
Ernährung	255 DM	225 DM	225 DM	150 DM
Kleidung	40 DM	40 DM	40 DM	40 DM
Gesundheits und Körperpflege	10 DM	10 DM	10 DM	10 DM
Gebrauchs und Verbrauchsgüter des Haushaltes, ohne Hausrat, ohne Energie	15 DM	15 DM	15 DM	15 DM
Haushaltsenergie	40 DM	20 DM	20 DM	5 DM

Wenn keine Sachleistungen geboten werden können, soll die Hilfe zum Lebensunterhalt wie folgt - persönlich ! - ausgehändigt werden:

Unterbringung und Heizung :
 Haushaltsvorstand 300.-DM
 jedes weitere Haushaltsmitglied 150.-DM

Für Roetgen gilt : pro Bett im Übergangsheim
 für Erwachsene 100.-DM
 für Kinder 50.-DM

Asylbewerber, die durch Arbeitsleistungen Einkommen beziehen, müssen die Unterbringungskosten an das Sozialamt zahlen. Gemeinnützige Tätigkeit wird mit 2.-DM/Stunde zusätzlich zur Hilfe zum Lebensunterhalt vergütet, sie gilt nicht als "Arbeit".

	Wertgutscheine	Bargeld	Gesamt
Haushaltungsvorstand, Alleinstehende	360.-DM	80.-DM	440.-DM
Haushaltsangehörige vom 1.-7. Lebensj.	220.-DM	40.-DM	260.-DM
Haushaltsangehörige vom 8.-14. Lj.	310.-DM	40.-DM	350.-DM
Haushaltsangehörige ab 15 Jahren	310.-DM	80.-DM	390.-DM

Die Regionalstelle Eifel (Schleiden) im Bistum Aachen plant eine Fastenaktion für den Monat März 1994 : als Einzelne/r oder Familie 4 Wochen von den Leistungen (nur und ausschließlich !) des Asylbewerberleistungsgesetzes zu leben versuchen - ohne Rückgriff auf Tiefkühl - und sonstige Reserven !!!

Nun ist es endlich soweit!

Dieses Jahr soll das, was sich an unserer Hauptstraße, neben dem Gemeindekindergarten, Spielplatz nennt, in einen Spielplatz verwandelt werden

Der Ursprung

dieser bisher "unendlichen Geschichte" liegt im Frühjahr 1992! Aufgrund einer Bürgeranfrage sollte die Gemeinde Auskunft über die Situation der Kinderspielplätze in unserem Ort geben. Diese mündliche Anfrage verlief im Sand. Auf eine schriftliche Anfrage im Juni folgte dann Anfang Oktober die lapidare Auskunft: Kein Geld, die Gemeinde muß sparen. Ausgaben für die Spielplätze seien aufgrund der desolaten Finanzsituation der Gemeinde bis Ende 1994 nicht möglich. Stattdessen Demontage der Spielgeräte aus "Sicherheitsgründen".

Die Spielplatz-Wende

Der zuständige Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Sozial und Sport erkannte in seiner Sitzung im November die Bedeutung der Sache Interessierte Eltern und Gemeindeverwaltung sollten zunächst die Standortwahl treffen und dann die weitere Vorgehensweise festlegen

Die Elterninitiative,

in der sich mittlerweile frustrierte Eltern zusammengefunden haben, trifft sich auf Einladung der Gemeinde Mitte März 1993 und beschließt, sich mit der Erneuerung und dem Ausbau eines Spielplatzes, auf das Gelände an der Hauptstr. zu konzentrieren.

Aufgrund eines Bürgerantrages der Elterninitiative wurde in der Gemeinderatsitzung im Mai eine Position für

Kinderspielplätze DM 10.000,- in die Haushaltsverhandlungen aufgenommen.

Das "Sommerloch"

Über das Hin und Her im Haushaltsgenehmigungsverfahren kamen zur Orientierung der Elterninitiative keine Informationen seitens der Verwaltung, obwohl dort genügend Ansprechpartner bekannt waren. Erst in einer Anhörung Mitte Dezember kommt Bewegung in die Sache. Die Elterninitiative soll konkrete Vorschläge unterbreiten.

Die Ereignisse überschlagen sich

Der Gemeindeverwaltungsvertreter, Herr Bongard, möchte das "Sommerloch" wettmachen und fordert die Elterninitiative in einem Schreiben auf, bis Mitte Jan. 1994 einen vollständigen Kostenvoranschlag eines ansässigen Unternehmers einzureichen, damit auf der nächsten Ratssitzung die Sache beschlossen werden könnte.

Fazit

Was lange währt wird endlich gut. Nein, das darf es nicht sein! Die Arbeit fängt jetzt erst an. Einer angenehmen und konsequenten Zusammenarbeit aller Beteiligten steht hoffentlich jetzt nichts mehr im Weg.

Aufruf

Liebe Mitbürger! Beteiligen Sie sich an unserer Initiative. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen vorne und hinten nicht. Es sind Ideen gefragt und vieles muß kostensparend in Eigenleistung erstellt werden. Wir unterrichten Sie weiter und rufen zu Sach- und Geldspenden auf.

als Vertreter der Elterninitiative:
M. Jollet

Die letzte Seite

FORTSCHRITT ?

1893: Ein Brötchen kostet im deutschen Reich 3 Pfennige und wird mit einer Pferdekutsche samt Kutscher zu den Verbrauchern befördert. (Quelle: Kaiserliches Fourage-Büro¹.)

1993: Ein bundesdeutsches Brötchen kostet beim Erzeuger -,55 Dpf, ein Preis, der sich unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Inflation völlig im Rahmen hält !

Es müssen allerdings noch die folgenden Transportkosten hinzugerechnet werden :

Nach den Untersuchungen der Glaubensgemeinschaft deutscher Autofahrer (ADAC) erleidet ein Mittelklassewagen bei jedem morgendlichen Kaltstart einen Verschleiß, der bei betriebswarmem Motor einer Fahrstrecke von ca. 100 Km entspricht. Die gleiche Quelle gibt als typische Lebensdauer heutiger Motoren ca. 100 000 Km Fahrstrecke an. Nach den neuesten Berechnungen von Prof.Dr.Dr.hc.Müller-Bäcker ergeben sich somit an Zusatzkosten für die morgendlichen Brötchen:

$$\text{Brötchen-Beschaffungskosten} = 1/2,63 \cdot \int_0^J 1/N \cdot \sum S_k + S_w \cdot (D+M) / 2$$

hierbei sind :

N: Brötchenanzahl, S_k und S_w : die Fahrstrecken kalt und warm, D: Preis/Brötchen, sowie M: der Preis des Fahrzeugmotors. Die Größe J ist die Lebensdauer des Motors. Für die deutsche Durchschnittsfamilie² (1F+1M+1,4K) ergibt sich als Bedarf an Brötchen: Die Mutter erhält aus Gründen der Linie ein Brötchen, der Vater benötigt zwei Brötchen und das Kind, da heranwachsend, zwei Brötchen.

Werden nun die aktuellen Werte in diese Berechnungsformel eingesetzt, so ergeben sich die Kosten für 1 mal Brötchenkauf bei einer ortsüblichen Fahrstrecke von 0,6 bis zu 1,87 Km³ mit :

5 Brötchen = 8,10 DM oder 1,62 DM / Brötchen !!

Wird dieses Ergebnis hochgerechnet auf die üblichen 365 Tage eines Jahres, so erhält man auch unter Berücksichtigung von Feiertagen, Urlaub und Krankheit :

ca.: 2412,98 DM Brötchenbeschaffungskosten pro Familie und Jahr

Wendet man schließlich noch eine Multiplikationsformel an, um die typische Anzahl von 113,97 brötchenholenden Bürgern⁴ unserer Gemeinde zu berücksichtigen, so stelle ich fest, daß die Beschäftigung von 6 angestellten Brötchenausträgern⁵ mit einem Jahresgehalt von 39785,79 DM möglich wäre, um die Brötchenbedürfnisse der Bürger zu befriedigen.

Hierbei ist der Fremdenverkehrsaspekt von 6 Brötchen-Pferdekutschen⁶ für den geplanten Kurort "BAD ROETGEN" noch unberücksichtigt. Die Einsparungen an Luftverbrauch und Straßenabnutzung werden in diese Berechnung nicht einbezogen, da beide der Allgemeinheit gehören und daher bei der Berechnung des Spareffektes für jeden Bürger unbeachtet bleiben können. Den ortsansässigen Parteien würden diese Pferdekutschen gute Werbeflächen bieten, und es wäre auch die Möglichkeit gegeben, einen formschönen Blumenschmuck⁷ zu spenden.

Volker Commichau

¹Volksverpflegungsbüro

²Jahrbuch des Bundesamtes für Brötchen-Statistik

³Diese Werte wurden dem amtlichen Gemeinde-Anzeiger nach der Volkszählung entnommen

⁴Siehe hierzu Fußnote No.2

⁵D.h. eine erhebliche finanzielle Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit

⁶Die Ausweitung auf andere Produkte wie Frisken ist vorstellbar !

⁷Eine Anpassung an die jeweilige Jahreszeit ist denkbar